

# Recht, Unrecht und Gerechtigkeit

## Von der Weimarer Republik bis zur Gegenwart

*von Uwe Wesel*

### I. Weimarer Republik

*Das Stinnes-Legien-Abkommen, der Rat der Volksbeauftragten und die Vereinbarung Ebert-Groener*

Die Oberste Heeresleitung weiß es schon seit Mitte August 1918. Der Krieg war verloren. Spätestens seit Anfang Oktober wissen es alle Verantwortlichen in Berlin und überlegen, wie es weitergehen soll. Kaiser Wilhelm fährt vorsichtshalber schon mal ins Hauptquartier seiner Truppen im belgischen Spa. Zu Hause machen die Großindustriellen den Anfang, die Angst haben vor einer kommunistischen Machtübernahme nach dem Muster der russischen Revolution von 1917. Denn die geistert auch durch die Köpfe von Linksradikalen in der USPD, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Die Industriellen wissen, dass sie sich auf die Regierung nicht verlassen können. Die ist selbst in Gefahr, beseitigt zu werden. Die Regierung, das ist der letzte vom Kaiser ernannte Reichskanzler Prinz Max von Baden, ein liberaler und vernünftiger Mann, der in dieser fast hoffnungslosen Situation aber politisch geschwächt ist. Auch auf die große Masse der Bürger können die Industriellen sich nicht stützen. Es sind zwar viele, aber sie haben keine einheitliche Organisation. Also bleibt für die Industrie nur ein einziger Bundesgenosse, die organisierte Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, und zwar die so genannten freien, die sozialdemokratischen, die sie bisher bekämpft und nicht anerkannt hatten. Die haben inzwischen vier-einhalb Millionen Mitglieder und weiter starken Zulauf. Ihre Führer sind Mitglieder der SPD, der gemäßigten Mehrheitssozialdemokraten, die ebenfalls Angst haben vor dem Chaos, das die Bolschewisten nach der Oktoberrevolution in Russland angerichtet haben ein Jahr vorher, Angst vor Gewaltherrschaft, Arbeitslosigkeit und Hunger. Das wollen sie ihren Mitgliedern ersparen. Es gibt tatsächlich gewisse Gemeinsamkeiten zwischen Industrie und Gewerkschaften.



*Abb. 1 (links)*  
Carl Legien, Radierung von Max Liebermann, 1920.



*Abb. 2 (rechts)*  
Hugo Stinnes bei einem Spaziergang in Berlin, 1920.

Anfang Oktober treffen sich Vertreter der Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf und Hugo Stinnes erhält den Auftrag, mit den Arbeiterführern zu verhandeln. Er war damals der erfolgreichste deutsche Industrielle und im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen kein Feind der Arbeiter, ihnen im Gegenteil äußerlich eher ähnlich, ein kräftiger Mann, der keinen Wert legte auf feine Manieren und luxuriöses Leben und sich meistens in schlecht sitzenden, einfachen Anzügen bewegte. 25 Jahre lang hatte er sich ein Riesenimperium aufgebaut mit Kohlenhandel und Schifffahrt, Bergbau, Eisen und Stahl, Elektrizitätswerken, Druckereien und Hotels. Er war der richtige Mann, dem auch die anderen Industrieverbände folgten.

An der Spitze der Gewerkschaften stand Carl Legien, Drechslergeselle, aufgewachsen in einem Waisenhaus, wie Stinnes ein kleiner und gedrungener Mann und unermüdlicher Arbeiter, der dem Gegner imponierte durch Intelligenz, Sachlichkeit und die Kraft seiner

Rede. Seit 30 Jahren war er Vorsitzender der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften – dem Vorläufer des DGB – und Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Auch er konnte darauf vertrauen, dass die einzelnen Gewerkschaften hinter ihm stehen würden. Zwei Jahre später – kurz vor seinem Tod – hat er noch den erfolgreichen Generalstreik der deutschen Arbeiter organisiert gegen den Putsch von Rechtsradikalen um Wolfgang Kapp und Walther von Lüttwitz, die die demokratische Regierung in Berlin stürzen wollten.

Sie verhandeln in Berlin im Hotel Continental am Bahnhof Friedrichstraße, sieben oder acht Männer auf jeder Seite, bei den Unternehmern Ernst von Borsig, Walter Rathenau und Carl Friedrich von Siemens, unter denen um Carl Legien auch Adam Stegerwald von den christlichen Gewerkschaften. Auf manches einigt man sich schnell. Die Anerkennung der Gewerkschaften, die Gültigkeit von Tarifverträgen und die Bildung einer paritätisch besetzten Arbeitsgemeinschaft, die das Funktionieren der deutschen Wirtschaft sichern soll auf der Grundlage des Privateigentums der Unternehmer und mit sozial angemessenen Regelungen für die Arbeitnehmer. Auch eine gemeinsame



Abb. 3 Revolution in Berlin, Soldaten und Matrosen am Brandenburger Tor.

„Verwaltung des Arbeitsnachweises“ wird vereinbart, Vorläufer unserer Arbeitsämter, und ein Anspruch aller Kriegsteilnehmer auf Wiedereinstellung in ihren alten Betrieb.

Dann werden die Verhandlungen überrascht von der Revolution, die am 9. November 1918 die Hauptstadt erreicht, auf deren Straßen Rie sendemonstrationen stattfinden, denen sich die Soldaten aus den Kasernen anschließen. Arbeiter- und Soldatenräte werden gebildet. Im Hotel hört man die Schüsse von Kanonen und Maschinengewehren. Das stärkt die Position der Gewerkschaften. Der Widerstand der Unternehmer nützt nun nichts mehr. Eine Forderung nach der anderen müssen sie akzeptieren, auch die am meisten umstrittene nach dem Achtstundentag. Hier gab Walter Rathenau den Ausschlag, Direktor der AEG. Er sagt seinen Unternehmern, der Widerstand sei zwecklos. Dafür hätten die Gewerkschaften seit 30 Jahren gekämpft und es sei keine Frage, dass sie am Tage ihres Sieges das Recht hätten, die Erfüllung dieser Forderung zu verlangen. Dann gab es keinen Widerspruch mehr. Auch die Einsetzung von Betriebsräten wird vereinbart für Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten. Insgesamt ein vernünftiger Sozialpakt, in dem die deutschen Arbeiter auf die Revolution verzichtet haben zugunsten erträglicher Arbeitsbedingungen. Bald ist es Stinnes-Legien-Abkommen genannt worden nach den beiden wichtigsten Repräsentanten der Unternehmer und Arbeiter, unterschrieben am 15. November 1918, sechs Tage nach der Revolution und offizieller Gründungstag der künftigen „Zentralarbeitsgemeinschaft“, einer Sozialpartnerschaft freier Verbände ohne staatlichen Zwang als Sozialverfassung der neuen Demokratie.

Ähnlich war es auf dem Weg zur politischen Verfassung. Reichskanzler Prinz Max von Baden erklärte am 9. November die Abdankung des Kaisers, ohne genau zu wissen, ob der das wirklich wollte. Wilhelm II. fuhr am nächsten Tag vom Hauptquartier in Belgien ins niederländische Exil. Dann übergab Max von Baden sein Amt dem Parteivorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert. Politisch richtig, staatsrechtlich falsch. „Herr Ebert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz.“ Ebert ist überrascht und zögert. Philipp Scheidemann steht neben ihm, Fraktionsvorsitzender der SPD im Reichstag, flüstert schnell: „Ach was, sag einfach ja.“

Zwei Stunden später hat Scheidemann am Schloss die Republik ausgerufen, um den Linksradikalen in der USPD zuvorzukommen, ohne vorher mit Ebert zu sprechen, der die Wahl – ob Republik oder weiter Monarchie – der von der SPD geplanten Nationalversammlung über-

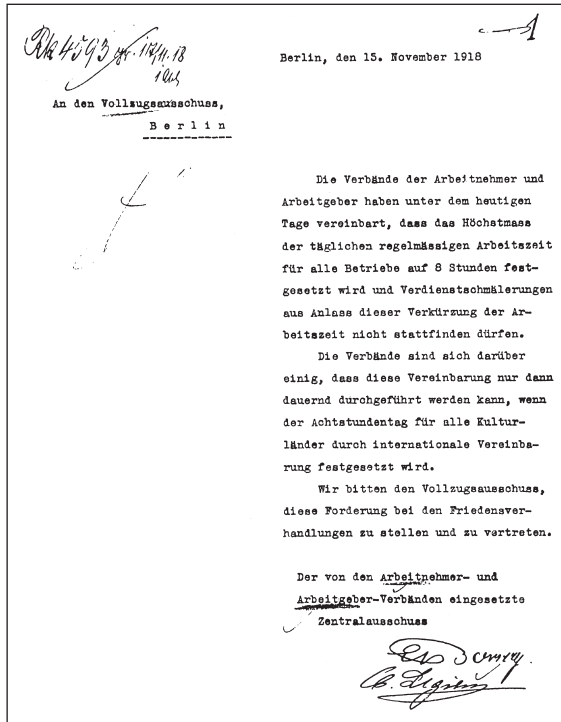


Abb. 4  
Das Stinnes-Legien-  
Abkommen mit den  
Unterschriften von  
Stinnes und Legien.

lassen wollte. Dann bildete sich am selben Tag vor dem Hintergrund des Drucks der Arbeiter- und Soldatenräte als Übergangsregierung der Rat der Volksbeauftragten, drei von der SPD – darunter Ebert und Scheidemann – und drei von der USPD, am nächsten Tag bestätigt vom Grossberliner Arbeiter- und Soldatenrat. Die SPD war dabei nicht ohne Hintergedanken, hatte nämlich die berechtigte Hoffnung, in der vereinbarten Versammlung aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte die Mehrheit zu haben bei der Abstimmung über die Frage, ob eine Rätereublik errichtet werden soll oder eine parlamentarische Demokratie. Ebenfalls am 10. November wird das abgesichert in einem Telefongespräch zwischen Ebert und dem liberalen General Groener, der kurz vorher von Prinz Max noch schnell als Nachfolger des rechtsradikalen Generals Ludendorff zum neuen Chef der Heeresleitung ernannt worden war. Sie einigen sich darauf, dass mit der Einberufung einer Nationalversammlung möglichst schnell wieder gesetzmässige Zustände kommen und die Linksradiكالen der USPD gestoppt werden sollen, wofür Groener der Regierung der Volksbeauftragten mit Ebert als de

facto Reichskanzler die Unterstützung des Militärs zusichert. Also statt früher „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“ jetzt die Parole „Unsere Soldaten helfen Demokraten“.

Diese beiden Abkommen, Stinnes-Legien und Ebert-Groener, stehen am Anfang der Weimarer Republik und haben die Weichen gestellt und verhindert, dass das Deutsche Reich ins Chaos geraten ist mit einer kommunistischen Räterepublik. Die linksradikalen Revoluzzer antworteten darauf später mit dem Vorwurf des Verrats an der Revolution. „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten.“ Ein Vorwurf, den die SPD auch von der anderen Seite hören musste, von der bürgerlich-konservativen und von den eigentlichen Verlierern des Kriegs, den ehemaligen Generälen Hindenburg und Ludendorff. Die Dolchstoßlegende, der Verrat am siegreichen Vaterland. Die Sozialdemokraten hätten durch ihre revolutionären Aktionen in der Heimat das auf dem Schlachtfeld unbesiegte Frontheer von hinten erdolcht. Hugo Stinnes und Carl Legien, Friedrich Ebert und Wilhelm Groener durften das zu Recht anders sehen.

### *Rätesystem oder demokratische Republik: die Weimarer Verfassung*

Am 16. Dezember 1918 beginnt in Berlin der „Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands“. Er soll entscheiden, ob eine Räterepublik errichtet wird nach sowjetischem Vorbild – wie es die Linksradikalen in der USPD wollen, die sich bald Spartakisten nennen und wenig später die KPD gründen – oder eine parlamentarische Demokratie mit einer Verfassung, die beschlossen werden soll von einer Nationalversammlung – das Ziel der SPD. Mehrere Hundert Delegierte diskutieren lang und heftig und beschließen am 19. Dezember mit großer Mehrheit, „dass die Wahlen zur Nationalversammlung am Sonntag, dem 19. Januar 1919 stattfinden sollen“. Die Würfel sind gefallen. Die SPD hat richtig taktiert. Kurz vor der Wahl noch ein letztes Aufbäumen im blutigen Berliner Spartakusaufstand, bei dem Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet werden von Soldaten, die eingesetzt waren gegen die Aufständischen auf Befehl des sozialdemokratischen Reichswehrministers Gustav Noske, der einiges voraussah, aber nicht solche Brutalitäten. „Einer muss ja den Bluthund machen“, hatte er vorher gesagt.

Die Wahlen sind für die SPD erfolgreich gewesen und enttäuschend zugleich. Sie wurde stärkste Partei mit 38 Prozent, hatte aber mit der